

15.06.08 Iren lehnen mit deutlicher Mehrheit EU-Vertrag ab! Das Ratifizierungsverfahren muss jetzt gestoppt werden! Für ein soziales und demokratisches Europa!

Die irische Bevölkerung hat mit deutlicher Mehrheit den europäischen Vertrag in einem Memorandum abgelehnt. Damit hat neben Frankreich und Irland die dritte Bevölkerung eines EU-Mitgliedslandes eine Verfassung abgelehnt, die ein Europa undemokratisches Europa, ein Europa des Wettbewerbs und des Kapitals festschreiben will. Die Ergebnisse in Irland sind ein großer Erfolg für die globalisierungskritische Bewegung. Attac Europa hat gemeinsam mit vielen irischen Freunden die No-Kampagne in Irland unterstützt s. auch www.irish-friends-vote-no-for-me.org

Die Attac-Mitgliedsorganisation "Euromärsche" stellt in einer Erklärung fest: Damit hat die irische Bevölkerung das ausgedrückt, was die Bevölkerungen in den meisten anderen Staaten auch gesagt hätten, hätten sie über den Lissabon-Vertrag abstimmen dürfen. Sie alle haben durch die Iren eine Stimme bekommen, welche die EU ihnen verweigern wollte. Der Mangel an Demokratie war offenbar einer der Hauptgründe für die irische NEIN. Nach dem Nein aus Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag hätte die EU die Chance gehabt, in einen wirklichen Dialog mit der Bevölkerung zu treten und ihre Anliegen zu hören. Das aber war nicht gewollt. Im Gegenteil: Der Vertrag von Lissabon bleibt hinter der Verfassung vieler Mitgliedstaaten zurück und setzt diese de facto außer Kraft, ohne die für solche Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheiten. Für 90% aller Rechtsnormen sollte das weitaus undemokratischere EU-Recht als das höherrangige gelten. Was das praktisch bedeutet, konnten wir zuletzt am Beispiel der Entsenderichtlinie erfahren, die nationale Tarifröhne aushebelt.

Als unerhörte Missachtung des Willens ihrer WählerInnen hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac die Reaktionen führender Politiker zum Irischen Nein kritisiert. Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon soll offensichtlich fortgesetzt werden, wie Bundeskanzlerin Merkel, der französische Präsident Sarkozy, der Präsident der europäischen Kommission, der Präsident des EU-Parlaments sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD im Europaparlament übereinstimmend erklärten. " Das Ratifizierungsverfahren in den acht übrigen Ländern fortzuführen zeigt, dass sie sich nicht um den Willen der Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger scheren", sagte Sven Giegold, Mitglied des Attac-Rates. "Wir fordern die Irische Regierung auf, sich hinter ihre Bevölkerung und die Europäischen Bürgerinnen zu stellen und ein Inkrafttreten des Vertrags ohne Irland nicht zuzulassen. Irland gehört zu Europa! so Giegold weiter.

Durchweg tun Politiker so, als sei es nur die Irische Bevölkerung, die diesen Vertrag ablehne. Der Inhalt dieses Vertrages wurde aber schon vor drei Jahren in Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich abgelehnt. Denn 90 Prozent des jetzigen Textes sind deckungsgleich mit dem Entwurf zur Europäischen Verfassung. "In Frankreich wurde daraufhin die Verfassung geändert, um dem Volk die Möglichkeit einer erneuten direkten Abstimmung zu nehmen und das alles im Namen der demokratischen Weiterentwicklung Europas, welche eine Farce!" kritisiert das Mitglied des Koordinierungskreises, Detlev von Larcher. "Die Iren haben nach der französischen und der niederländischen Bevölkerung nun ein drittes Mal die Notbremse gezogen. Nun sollten unsere Regierungen und unsere Parlamente endlich begreifen, dass die Menschen ein soziales, friedliches und demokratisches Europa wollen, ein Europa, das demokratische Mitbestimmungsrechte und soziale Gerechtigkeit garantiert und nicht beides im Namen des Wettbewerbs ausradiert."

Irland hat nicht NEIN zur EU gesagt, es hat NEIN zu einer undemokratischen, wirtschaftsliberalen und militarisierten EU gesagt.

Die europäischen Attac-Organisationen haben ihre Vorstellungen zu Europa in zehn Prinzipien vorgestellt: "Zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag" (11.3.2007)

http://www.attac.de/uploads/media/10-Prinzipien-fuer-EU-Vertrag_01.pdf